

Potentiale und Grenzen der Synthese von Institutionalismustheorien

Christopher Grages

Inhalt

1 Einleitung.....	51
2 Potentiale und Grenzen der Synthese von Institutionalismustheorien.....	52
3 Verschiedene Institutionentheorien	53
4 Rational-Choice-Institutionalismus.....	54
5 Der soziologische Institutionalismus	55
6 World-Polity-Theorie	56
7 Institutioneller Wandel im soziologischen Institutionalismus	57
8 Kritik an der World-Polity-Theorie	58
9 Kreative Akteure	59
10 Institutionalisierung statt Institutionen	61
11 Geltungsbereich von Institutionen und Machtkonstellationen	62
12 Fazit.....	64
Literaturverzeichnis	66

1 Einleitung

In den vergangenen zehn Jahren gab es zahlreiche empirische und theoretische Analysen zum liberalen Wandel des deutschen Kapitalismus im Rahmen politischer, ökonomischer und soziologischer Forschungen. In der Debatte um den ländervergleichenden Varieties of Capitalism-Ansatz¹ wurden diese Entwicklungen kontrovers diskutiert und führten zu verschiedenen, teils sehr gegensätzlichen Positionen. Während einige Autoren aufgrund der institutionellen Veränderungen der deutschen Wirtschaft eine fundamentale und irreversible Transformation der ehemals nichtliberalen Wirtschaft diagnostizierten (vgl. Beyer 2006a, 2006b und 2006c; Streeck 2009, Höpner 2004a/2007), werteten andere Autoren die Entwicklungen der letzten Jahre eher als Beleg für eine pfadabhängige Kontinuität des Wirtschaftssystems, welches trotz globalem Liberalisierungsdruck weiterhin keineswegs einseitig durch Markt- und Konkurrenzmechanismen geprägt ist (vgl. Hall/Soskice 2001; Hall/Gingerich 2004; Hall 2006). Befürworter der These eines liberalen Systemwandels beobachten eine schwindende Fähigkeit zur gesamtwirtschaftlichen Koordination der deutschen Ökonomie (vgl. Beyer 2003) und heben in diesem Zusammenhang insbesondere die Bedeutung von Transformation im Bereich der Unternehmensverflechtung und -kontrolle hervor (vgl. Beyer 2006b; Freye 2008; Höpner 2004b), die im Zusammenhang mit einem Bedeutungsgewinn des globalen Finanzmarktkapitalismus stehen (vgl. Windolf 2005, 2008; Beyer 2009). Sie verweisen des Weiteren auf die hiermit verwobene Schwächung von Gewerkschaften und das Aufweichen des deutschen Korporatismus (vgl. Höpner 2004a/2004c; Streeck 2006). Die Gegner der Liberalisierungs- und Konvergenzthese sehen in den unbestreitbar vonstatten-gegangenen Veränderungen hingegen lediglich marginale Wandlungstendenzen, die die Oberfläche, nicht aber den Kern, des auf Koordination fußenden institutionellen Systems betreffen und somit auch nur geringen Einfluss auf dessen komparative Vorteile, wie etwa die starke deutsche Exportwirtschaft, haben (vgl. Hall 2006).

Teilweise beruhen diese divergierenden Einschätzungen der institutionellen Entwicklungen der deutschen Wirtschaft auf verschiedenen Gütekriterien bezüglich der Beobachtung von institutionellem Wandel. Während die Befürworter und Verteidiger des VoC-Ansatzes institutionellen Wandel eher als punktuellen und plötzlich stattfindenden fundamentalen Wandel (etwa durch externe Schocks) insbesondere auf der formalen Ebene der Institutionen untersuchen, gehen die Kritiker des VoC-Ansatzes davon aus, dass institutioneller Wandel häufig ein inkrementeller Prozess ist, der neben graduellen Veränderungen und Anpassungen ebenso grundlegende und radikale Transformationen herbeiführen kann. Die Veränderungen müssen sich hierbei nicht nur auf die formalen Institutionen beschränken, sondern können auch deren ideellen und materiellen Fundamente betreffen (vgl. Thelen 2003; Thelen/Streeck 2005).²

Diese Einsichten legen nahe, dass die Gründe für die unterschiedlichen Positionen in der VoC-Debatte nicht unbedingt nur in der Empirie zu suchen sind, sondern auch in der theoretischen Perspektive, die ein Forscher einnimmt (vgl. Höpner 2007: 124f).³ Hierbei ist nicht nur die Frage interessant, ob und wie sich etwas ändert, sondern auch warum es zu institutionellen Transformationen kommt. Insbesondere in Bezug auf letztere Frage unterscheiden sich verschiedene theoretische Positionen des Institutionalismus stark voneinander. Während manche Theorien die Gründe für institutionelle Genese und Wandel in funktionellen Erfordernissen sehen, die sich aus rationalen Interessen von Akteuren ergeben und diese Prozesse lediglich auf der nationalen Ebene untersuchen, reflektieren andere Theorien die kulturell-normativen Voraussetzungen von Institutionen und Akteuren, analysieren Machtungleichgewichte zwischen Akteuren verschiedener Gesellschaftsbereiche oder untersuchen das Wechselspiel verschiedener institutioneller Ebenen (regional, national, transnational). Die einzelnen Theorien kommen dementsprechend zu unterschiedlichen bzw. mehr oder weniger differenzierten Aussagen über institutionelle Entstehungs-, Reproduktions- und Wandlungsprozesse in der Politischen Ökonomie.

1 Varieties of Capitalism im Folgenden abgekürzt als VoC.

2 Für eine differenzierte Typologie verschiedener Formen des (inkrementellen) institutionellen Wandels unterteilt nach *Displacement*, *Layering*, *Drift*, *Conversion* und *Exhaustion* siehe Streeck/Thelen 2005: S. 16ff).

3 Für eine überzeugende empirische und methodische Kritik am VoC-Ansatz und seiner zentralen Aussagen siehe Kenworthy 2006.

2 Potentiale und Grenzen der Synthese von Institutionalismustheorien

Ausgehend von der Einsicht, dass die theoretischen Prämissen der verschiedenen Forschungszweige, die sich mit Institutionen im Bereich der politischen Ökonomie befassen, recht unterschiedlich sind oder zumindest sein können, sollen an dieser Stelle Grenzen und Potentiale der verschiedenen theoretischen Strömungen aufgezeigt und diskutiert werden, um zu reflektieren, welche Faktoren, Mechanismen und Ebenen insbesondere in Bezug auf Prozesse des institutionellen Wandels von Bedeutung sein können. Jede der nachfolgend vorgestellten theoretischen Perspektiven der Institutionenforschung besitzt spezifische Stärken und auch Schwächen oder blinde Flecken, die sich ihrer Heuristik entziehen. An verschiedenen Stellen wurde deshalb eine Integration der verschiedenen Theorien gefordert (vgl. Hall/Taylor 1996) oder realisiert (vgl. beispielsweise Fligstein 2001; Djelic/Quack 2003; Beyer 2006a/2006b/2009; Höpner 2007). Ein solcher Blick über den Tellerrand der Theorie hat sich stets als ertragreich in Bezug auf die Erklärung von empirischen Phänomenen des institutionellen Wandels erwiesen und zu vielversprechenden Ergebnissen geführt. Die Zusammenführung unterschiedlicher Theorien trägt dazu bei Forschungsperspektiven und Erklärungsmodelle zu kreieren, die sensibel für eine Vielzahl relevanter Aspekte in Bezug auf die Genese, Reproduktion und Transformation von Institutionen sind. Sie erlauben es, die unterschiedlichen Mechanismen, die diese Prozesse initiieren und die verschiedenen Ebenen auf denen sie stattfinden, zu untersuchen. Nichtsdestotrotz sind die Prämissen und Implikationen der unterschiedlichen Institutionalismustheorien teils sehr heterogen, was Schwierigkeiten und Probleme in Bezug auf die Konsistenz der theoretischen Modelle verursachen kann. Die Konzeption und das Verhältnis von Akteuren und Institutionen unterscheiden sich bisweilen sehr deutlich in den verschiedenen Strömungen der Institutionenforschung. Dies kann dazu führen, dass die Begriffe und die spezifische Art wie die einzelnen Theorien mit ihnen operieren und argumentieren nicht miteinander vergleichbar sind (vgl. Hall/Taylor 1996: 955).

Der Versuch etwa den Faktor Kultur - z.B. zur Analyse ideeller Fundamente von Institutionen - durch die Aufnahme organisationssoziologischer Theoriebezüge in einen heuristischen Theoriebaukasten aufzunehmen, der sich konzeptionell eher an Überlegungen des Rational-Choice-Institutionalismus anlehnt, erweist sich - konsequent vollzogen - als folgenreicher als es häufig auf den ersten Blick anmutet. Hier treffen eine realistische und eine phänomenologische Theorie aufeinander, welche sich beide grundlegend in ihren theoretischen Prämissen und den Institutions- und Akteursbegriffen unterscheiden und deshalb nicht ohne weiteres kombiniert werden können (vgl. Meyer et al. 2005a: 20). Nichtsdestotrotz soll mit dieser Feststellung nicht der Eindruck erweckt werden, dass ein Zusammenschluss verschiedener Institutionalismusströmungen gänzlich utopisch ist, beziehungsweise zwangsläufig zu einem inkonsequent geknüpften Flickenteppich von sich widersprechenden Theoriestücken führen muss. Bei der detaillierten Analyse der verschiedenen Institutionalismustheorien lassen sich an vielen Stellen Ähnlichkeiten in Bezug auf die Erklärung institutioneller Entstehungs-, Wandlungs- und Reproduktionsdynamiken finden, die lediglich in verschiedene Begriffe gekleidet sind, sich im Kern jedoch auf vergleichbare Argumentationen herunterbrechen lassen.

Das Credo der an dieser Stelle getätigten Überlegungen lautet also nicht, dass eine Zusammenführung verschiedener Institutionalismuszweige erfolglos bleiben muss, sondern vielmehr: Wer Theorien ineinander integrieren will, muss klare Grenzen ziehen bzw. Begriffsdefinitionen vornehmen und kann sich nicht unbedacht aus den verschiedenen Theorien „die Rosinen herauspicken“. In den folgenden Ausführungen sollen deshalb Stärken und Schwächen, sowie Potentiale und Grenzen oder Gemeinsamkeiten der verschiedenen Theorieströmungen und ihrer Kombination untersucht werden. Das Ziel ist hierbei weniger die Entwicklung einer konsistenten Theorie, als vielmehr eine lose Ansammlung verschiedener Überlegungen und relevanter Aspekte in Bezug auf institutionelle Wandlungsprozesse auf der Theorie-Ebene. Insbesondere Probleme und Schwierigkeiten der theoretischen Akteurskonstruktion der verschiedenen Institutionentheorien sollen hierbei diskutiert werden, wobei der Fokus auf Lösungswegen liegt, die jenseits von „over-socialized actors“ des soziologischen Institutionalismus und „under-socialized

actors“ des Rational-Choice-Institutionalismus angesiedelt sind und kreative Handlungs- und Interpretationsspielräume der Akteure akzentuieren (vgl. Wrong 1961; Hall/Taylor 1996).

3 Verschiedene Institutionentheorien

Unter dem Label Neoinstitutionalismus gibt es heutzutage eine recht heterogene Ansammlung an Literatur aus verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen. Schematisch vereinfacht lassen sich nach Hall und Taylor (1996) drei unterschiedliche Hauptströmungen des Neoinstitutionalismus unterscheiden: Rational-Choice-Institutionalismus, soziologischer Institutionalismus und historischer Institutionalismus.

Die Rational-Choice-Perspektive wird hauptsächlich von Autoren der Ökonomie und der Politologie (besonders in der Politologie der Internationalen Beziehungen) eingenommen und ist weitestgehend auf formale und strukturelle politische und wirtschaftliche Institutionen fokussiert. Institutionen werden in dieser Denkschule über ihre Funktionen für rationale und eigeninteressierte Akteure definiert. Sie existieren und werden kreiert, weil sie effiziente Problemlösungen für Akteure bereitstellen (vgl. North 1981). Strategisches Handeln und strategische Interaktionen, im Sinne der Spieltheorie, spielen hier in der Wechselwirkung von Akteuren und Institutionen eine zentrale Rolle. So entstehen institutionelle Ordnungen durch Aushandlungsprozesse verschiedener Akteure mit unterschiedlichen Präferenzen und Interessenlagen, welche unter bestimmten Bedingungen besser durch jeweils spezifische institutionelle Gefüge befriedigt werden können. Aus dieser Perspektive werden sowohl die Herkunft von institutionellen Einrahmungen, als auch die Handlungen die unter diesen Rahmenbedingungen stattfinden, durch die Logik der erwarteten Auswirkungen der Institutionen bestimmt (vgl. Hall und Taylor 1996: 942ff; Djelic und Quack 2003: 16).

Die Perspektive des soziologischen Neoinstitutionalismus versteht Institutionen im Gegensatz zur Rational-Choice-Perspektive als gewissermaßen a priori bestehende, transnational gültige und weit gefasste kulturelle, kognitive und symbolische Schemata, welche die Strukturen, Handlungen und Interaktionen von individuellen und kollektiven Akteuren formen und determinieren, aber auch die Akteure selbst konstruieren. Durch die Bemühung der Akteure sich zumindest formal oder oberflächlich konform gegenüber der globalen kulturellen Institutionenumwelt zu verhalten (um innerhalb dieses Rahmens Legitimität zu erlangen), entsteht gewissermaßen eine langsame evolutionäre Bewegung in Richtung standardisierter Rationalisierung und Homogenität (vgl. Scott et al. 1994: 2ff). Aus dieser Perspektive reflektieren also jegliche Arten von Handlungen die ihnen zugrunde liegenden formalen, normativen und ontologischen Schemata. Institutionen bestimmen demnach nicht nur wie ein Akteur handeln soll, sondern auch welche Handlungen in einem spezifischen Kontext überhaupt denkbar sind. Handlungen sind dementsprechend niemals wirklich frei, da ihre Logik sich immer an einer institutionalisierten Angemessenheit orientiert, die als ontologisches Handlungsskript gewissermaßen vorgibt, wie die Dinge sein sollen oder abzulaufen haben (vgl. Hall und Taylor 1996: 946ff; Djelic und Quack 2003: 17).

Aus der Perspektive des historischen Institutionalismus⁴ werden institutionelle Rahmen hauptsächlich politisch, gesetzlich und gesellschaftlich geprägt, wobei sie durch Organisationen, sowie formale Regeln, Regulation, Routinen, Konventionen und Normen entstehen und durch Mechanismen und Strukturen des Zwangs gestützt werden, die wiederum insbesondere in historischen Entstehungs- und Strukturierungsprozessen in nationalstaatlichen Kontexten von Bedeutung sind und hier in unterschiedlicher Ausprägung ausgestaltet werden (vgl. Djelic und Quack 2003: 17). Nationale Institutionsrahmen produzieren demzufolge starke spezifische institutionelle Beschränkungen in den jeweiligen Ländern und lassen auf diesem Wege eine nationale Pfadabhängigkeit entstehen, die sowohl die divergierende Ausgestaltung von nationalen Institutionsgefügen als auch deren Stabilität und Widerstandsfähigkeit

⁴ Es besteht berechnete Kritik an der Einschätzung, dass es sich beim historischen Institutionalismus um eine eigene Theorietradition handelt, da er sich lediglich methodisch und hinsichtlich seines Erkenntnisinteresse vom Rational-Choice-Institutionalismus und vom organisationssoziologischen Institutionalismus unterscheidet (vgl. Höpner 2007: 129). Verschiedene Positionen des historischen Institutionalismus nähern sich demnach eher dem Rational-Choice-Institutionalismus oder dem organisationssoziologischen Institutionalismus an (vgl. Thelen 2003: 92).

erklären kann (vgl. Whitley 1999). In diesen Institutionensystemen spiegeln sich auch Machtungleichgewichte zwischen verschiedenen Akteuren, die von der nationalen institutionellen Ausgestaltung profitieren oder nicht. Aus der historischen Perspektive wirkt die institutionelle Umwelt extern auf Akteure und stellt für sie Mechanismen der Beschränkung und des Zwangs dar, die die Logik ihrer Handlungen und somit deren Ergebnisse beeinflussen (vgl. Hall und Taylor 1996: 937ff).

4 Rational-Choice-Institutionalismus

Die verschiedenen institutionalistischen Ansätze definieren die Begriffe Institution und Akteur jeweils unterschiedlich und unterscheiden sich auch bezüglich ihrer Perspektiven auf das Wechselspiel zwischen Institutionen und Akteurshandlungen. Ökonomisch geprägte Rational-Choice-Ansätze wie etwa der VoC-Ansatz argumentieren bisweilen häufig funktionalistisch simplifizierend in Bezug auf die Entstehung, Reproduktion und Wandlung von Institutionen und konzentrieren sich eindimensional auf die Rolle der Akteure und ihrer rationalen Kalküle in Kosten-Nutzen-Rechnungen (vgl. Streeck 2010a: 30f). Aspekte der Legitimation von Akteurshandlungen (also beispielsweise die Frage nach der kulturell-normativen Grundlage von ökonomischer Rationalität oder Effizienz) oder die Bedeutung von komplexen Machtbeziehungen und -strukturen zwischen verschiedenen Akteuren werden, wenn überhaupt, nur am Rande thematisiert. Diese Vernachlässigung entscheidender Dimensionen ist der vereinfachenden Modellierung menschlicher Motivation und ihrer unzureichenden sozialen Einbettung in mikrofundierten und ökonomischen Rational-Choice-Perspektiven geschuldet.

Höpner entlarvt pointiert die einseitige und funktionalistische Sichtweise der Rational-Choice-InstitutionalistInnen des VoC-Ansatzes, indem er eine Unterscheidung von „nichtliberalen“ Wirtschaftsinstitutionen hinsichtlich ihrer organisierenden und koordinierenden Wirkung vorschlägt. Er verweist mit dieser Differenzierung auf den fundamentalen Unterschied zwischen Institutionen, die im ersten Fall der Verwirklichung nichtökonomischer gesellschaftlicher Interessen dienen und in Letzterem der strategischen horizontalen Koordination zur effizienten Bearbeitung von Interaktionsdilemmata und somit zur Erreichung ökonomischer Ziele (vgl. 2007: 125ff). Rational-Choice-Perspektiven untersuchen jegliche Form von Institutionen in politischen Ökonomien lediglich auf der Basis ihrer funktionalen Effizienz (gemessen an betriebswirtschaftlicher Rationalität) und vernachlässigen die gesellschaftliche Einbettung von Institutionen und Akteuren. Dies sei an einem Beispiel verdeutlicht: Der VoC-Ansatz argumentiert, dass betriebliche Mitbestimmung als Institution in „coordinated market economies“ in der Lage ist ein strategisches Koordinationsdilemma zu lösen, was sich positiv auf die ökonomische Performance eines Landes auswirkt (vgl. Hall/Soskice 2001: 24f). Dies mag der Fall sein, will man aber die Entstehung und den Wandel von Institutionen untersuchen, macht es einen erheblichen Unterschied, ob die betriebliche Mitbestimmung als Antwort auf das ökonomische Problem der Rentabilitätssteigerung realisiert wurde oder mit dem primären Ziel der Lösung eines sozialen Konfliktes, dessen nichtintendierte Folge eine Steigerung der wirtschaftlichen Performance war. Dieses Beispiel verdeutlicht, dass das Spannungsfeld zwischen Gesellschaft und Wirtschaft in Rational-Choice-Theorien wie dem VoC-Ansatz oftmals ausgeblendet wird. Um es mit Streecks Worten zu sagen: „in VoC capitalist society tends to be treated as an economy, and society and economy as happily unified in a joint search for economic efficiency“ (Streeck 2010a: 31). Der Rational-Choice-Institutionalismus wird aufgrund dieser einseitigen und funktionalistischen Sichtweise von Institutionen in Bezug auf sein Erklärungs- und Erfassungspotential von Prozessen der institutionellen Genese und des institutionellen Wandels kritisch betrachtet. Eine Theorie die von den vermeintlichen Gründen für die Reproduktion einer Institution bzw. ihrem „outcome“ auf die Gründe für ihre Entstehung schließt, vernachlässigt zwangsläufig die wichtige Rolle nicht intendierter Konsequenzen bei der Schaffung von Institutionen (vgl. Hall/Taylor 1996: 952f; Thelen 2002: 98f; Crouch 2004: 87ff).⁵

⁵ Für eine Stellungnahme zum Funktionalismusvorwurf und andere vielversprechende Überlegungen, die die VoC-Theorie weniger statisch und sensibler für institutionellen Wandel gestalten siehe Hall/Thelen 2009.

Eine Perspektive, die ihr Augenmerk eher auf die soziale Einbettung von Institutionen und deren Wirkung auf Akteure richtet, kann differenziertere Erklärungen in Bezug auf Akteurshandlungen und Institutionen liefern und erscheint dementsprechend aus soziologischer Sicht gewinnbringender. Eine umfassendere Sichtweise in Bezug auf die gesellschaftliche Bedeutung und Dimensionen von Institutionen bietet der soziologische Institutionalismus. Dieser theoretische Ansatz ist sensibler für die Entstehung von Veränderungsprozessen von Institutionen und bietet Antworten auf die Frage, wieso und auf welchem Wege sich Institutionen und Institutionengefüge transformieren können, die jenseits von ökonomischem Funktionalismus liegen und die kulturell-normativen Fundamente von Institutionen berücksichtigen. Im Folgenden wird deshalb der soziologische Institutionalismus detailliert dargestellt, wobei zuerst das organisationssoziologische Fundament der Theorie und im Anschluss die darauf aufbauende World-Polity-Theorie vorgestellt werden.

5 Der soziologische Institutionalismus

Als Grundprämisse des organisationswissenschaftlich geprägten soziologischen Institutionalismus gilt die These, dass sich das „Überleben“ von Organisationen nicht ausschließlich über ökonomische Größen erklären lässt, sondern über deren Legitimität. Legitimität wird als eine bei Handlungen geltende Zuschreibung von Attributen „des *Wünschbaren*, *Korrekten* oder *Angemessenen* [...] die einem bestimmten Werte-, Normen-, Glaubens- und Begriffssystem entstammen“ verstanden (vgl. Hellmann 2006: 81). Diese Legitimitätserwartungen definieren sich also über einen Rahmen von Institutionen, welche als soziale Regeln, die „organisationale Prozesse in zeitlicher Perspektive *dauerhaft* (...), in sozialer Hinsicht *verbindlich* (...) und in sachlicher Hinsicht *maßgeblich* beeinflussen“ verstanden werden (Senge 2006: 35). Hierbei lassen sich drei Arten von Institutionen unterscheiden die sowohl auf formalen Regeln als Basis regulativer Institutionen, als auch auf Normen und Werten als Basis normativer Institutionen, sowie auf übergeordneter Ebene auf einer kognitiven Handlungsleitung als Basis der kognitiven Institutionen beruhen. Die (häufig unreflektierte) institutionalisierte kognitive Ordnung stellt hierbei gewissermaßen die Grundbedingung der beiden anderen Arten von Institutionen dar. Der organisationssoziologische Institutionsbegriff unterscheidet sich also deutlich von dem der Rational-Choice-Institutionalisten. Die gesellschaftliche Einbettung der Institutionen führt zu einer Objektivierung derselbigen und so zur Entstehung eines gesellschaftlichen Wissensvorrats der - teilweise unhinterfragt - Einfluss auf sämtliche Handlungen hat (vgl. ebd.: 42ff). Organisationen als handelnde Akteure werden im soziologischen Institutionalismus als in eine spezifische Umwelt eingebettet begriffen, die aus weiteren Organisationen besteht, die mit einer Fokalorganisation in Verbindung stehen. Diese Gruppierungen von Organisationen, die sich funktional ähneln und im Wettbewerb stehen, werden von DiMaggio und Powell (1983) als organisationales Feld definiert. Hierbei ist von zentraler Bedeutung, dass ein jeweiliges Feld institutionell definiert ist (vgl. Becker-Ritterspach et al. 2006b: 119ff). Scott und Meyer (1991) erweitern dieses Modell durch ihren Sektorbegriff, indem sie auch für das Handeln von Organisationen relevante indirekte Beziehungen und Verbundenheiten einbeziehen. Geografische Entfernung spielt bei der Konzeption eines Sektors keine Rolle (vgl. Becker-Ritterspach et al. 2006b: 122ff). Ein drittes, an die Feld- und Sektorkonzepte angelehntes Konzept, ist der Feldbegriff von Scott (1994), welcher die kognitiven Aspekte eines Feldes (gemeint sind geteilte Wissensvorräte und Glaubensvorstellungen) hervorhebt (vgl. Becker-Ritterspach et al. 2006b: 127ff).

Ziel der Sektor- und Feldkonzepte ist es den wechselseitigen Einfluss von Organisationen und deren institutioneller Umwelt zu analysieren, der durch einen Anpassungsdruck zu einer Isomorphie zwischen den Organisationen innerhalb eines Feldes oder Sektors führt (vgl. ebd.: 122). Das Konzept der Isomorphie beruht auf der Annahme, dass die Erfüllung von Umweltvorgaben für Organisationen eine Notwendigkeit darstellt. Je nachdem wie stark eine Organisation von externen Legitimitätserwartungen abhängig ist, passt sie sich an diese institutionalisierten Erwartungen an (vgl. Becker-Ritterspach et al. 2006a: 104ff). Hierbei unterscheiden sich Organisationen deren Ressourcenausstattung von der Erfül-

lung ihres Zwecks abhängt wesentlich von Organisationen die eher auf institutionalisierte Anerkennung (Legitimität) angewiesen sind. Letztere zeichnen sich durch eine stärkere Erfüllung von Erwartungen durch Anpassung aus, wobei sich diese Anpassung eher auf formale Strukturen der Organisationen bezieht als auf eine tatsächliche Veränderung ihrer Handlungsweise, was als Phänomen der Entkopplung beschrieben wird (vgl. ebd.: 106f). Auf diesem Weg kommt es also zu einer Angleichung (Isomorphie) zwischen Organisation und Umwelt, die sich in erster Linie auf formale Strukturen bezieht und sich auf drei verschiedenen Wegen vollziehen kann: aus Zwang, aus Nachahmung und durch normativen Druck (vgl. ebd.: 109f).

6 World-Polity-Theorie⁶

Anknüpfend an den organisationssoziologisch geprägten Neoinstitutionalismus sieht auch der makrophänomenologische World-Polity-Ansatz institutionelle Umweltfaktoren als erklärende Größe. Mit Umweltfaktoren sind auch in diesem Ansatz nicht „harte Faktoren“ wie etwa Ressourcen, sondern „Normen, Werte und Ideale guter Praktiken des Organisierens“ gemeint (Hasse 2006: 150). Die World-Polity-Theorie geht davon aus, dass Kultur als in hohem Maße auf globaler Ebene organisiert und institutionalisiert begriffen werden muss und dass sie nicht aus lokalen Verhältnissen und der lokalen Geschichte hervorgeht. Des Weiteren wird behauptet, dass transnationale Kräfte wie diese die ganze westliche Geschichte hindurch präsent waren. Der Ansatz grenzt sich somit von anderen Theorierichtungen wie Mikro- und Makrorealismus und Mikrophenomenologie ab und wirft diesen eine mangelnde Erkenntnis- und Erklärungsfähigkeit vor, die insbesondere in deren Unterbetonung oder fehlenden Anerkennung von ontologischen und kognitiven Aspekten einer institutionalisierten globalen Kultur begründet liegt (Meyer et al. 2005a: 20ff).⁷

Institutionen sind dem World-Polity-Ansatz zufolge „kulturelle Regeln, die bestimmten Einheiten und Handlungen kollektiven Sinn und Wert verleihen“ (ebd.: 18). Daraus folgt auch, dass durch den Prozess der Institutionalisierung „bestimmte Einheiten und Handlungsmuster normative und kognitive Gültigkeit erlangen und praktisch als Selbstverständlichkeiten und Gesetzmäßigkeiten akzeptiert werden“ (Meyer et al. 2005a: 18). Institutionen sind nach diesem Verständnis in soziale und kulturell-normative Kontexte eingebettet und reflektieren diese gleichsam. Sie prägen das soziale Handeln und manifestieren sich in kulturellen Theorien, Vorschriften und Ideologien über die tatsächliche oder idealisierte Funktionsweise von Gesellschaft, die insbesondere auf den kollektiven Zielkategorien Gerechtigkeit, Fortschritt und Freiheit basieren. Die institutionelle Gesellschaftsstruktur bringt Akteure hervor und legitimiert sie, indem kulturelle Regeln die Bedeutung und die Identität von verschiedenen Akteuren ebenso wie deren legitime kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Handlungsmuster definieren (vgl. Meyer et al. 2005a: 17f).

⁶ Die World-Polity-Theorie wird an dieser Stelle eingeführt, da sie sich im Spektrum von Rational-Choice-Institutionalismus zu soziologischem Institutionalismus durch eine besonders drastische Position bezüglich der Konzeption von Institution und ihren Wirkungen auf Akteure auszeichnet. Dieses extreme Beispiel soll die Grenzen des Austausches zwischen den verschiedenen institutionalistischen Theorieschulen aufzeigen (vgl. Hall/Taylor 1996: 955). Wie sich in der kritischen Auseinandersetzung mit der World-Polity-Theorie zeigen wird, ergeben sich an einigen Stellen aber auch vielversprechende Anknüpfungspunkte zur Theorie-Kombination.

⁷ Eine dezidierte makrophänomenologische Kritik der Prämissen akteurszentrierter Theorien, die die Gesellschaft als Zusammenschluss individueller Akteure und soziales Handeln als zweckorientiertes Verhalten dieser Individuen sehen, findet sich bei Meyer et al.: 2005a: 20-29. Kern dieser Kritik ist die theoretische Annahme, dass die äußere Umwelt von Akteuren nicht als schlichte Ansammlung von externen Interaktions- und Konkurrenzbeziehung anderer Akteure betrachtet werden darf, also als aus Tauschbeziehungen in einer Wettbewerbsordnung bestehend, wobei die entstehende Umwelt lediglich Kosten auferlegt oder Ressourcen zur Verfügung stellt und durch eine klare Trennlinie von den Akteuren unterschiedene werden kann. Vielmehr muss man der übergreifenden Umwelt, in die die Akteure eingebettet sind und nicht (nur) den Akteuren, einen kulturellen Gehalt im Sinne von Inhalten, Zwecken, Strukturen und integrativen Fähigkeiten zuerkennen. Nur so lässt sich erklären, warum die kollektiven Akteure überhaupt existieren und woher sie kommen bzw. warum sie überleben. Der kulturelle Gehalt der übergeordneten Umwelt beeinflusst die organisationalen Strukturen der Akteure nicht nur, er konstruiert sie auch intern und entscheidet darüber, welche Formen von kollektiven Akteuren überhaupt „sozial möglich und welche inneren Strukturen für sie denkbar sind“ (ebd.: 26).

Es wird davon ausgegangen, dass neben Organisationen auch Individuen und Nationalstaaten als Akteure in einen kulturellen Rahmen eingebettet sind, wobei dieser als sehr weitreichendes (mithin globales) Phänomen verstanden werden muss, was bedeutet, dass alle Akteure zumindest ähnlichen, wenn nicht gar denselben, Einflüssen ausgesetzt sind (Hasse 2006: 155). Akteure handeln also immer vor dem Hintergrund ihrer Kultur, welche „als zumeist implizit bleibendes Hintergrundwissen verstanden [wird], das *allen* sozialen Praktiken zugrunde liegt“ (Krücken 2006: 141). Diese kognitiven Institutionen stellen eine Art Kanon von Normen, Werten und Idealen, der „sich aus den kulturellen Grundprinzipien der westlichen Moderne zusammensetzt“ dar (ebd.: 142). Die grundsätzliche Annahme lautet also: Akteure erfüllen strukturelle und formale Erwartungen ihrer Umwelt, um sich kognitiv zu legitimieren und passen sich deshalb an andere Akteure an, indem sie sich deren Strukturen angleichen (Kirchberg 2006: 108).⁸

Sowohl Handlungsmuster als auch die Einheiten die diese ausführen gelten also als durch kulturelle Regeln bzw. Institutionen konstruiert, und diese Regeln verleihen ihnen Sinn und Wert und integrieren sie in einen übergeordneten Rahmen. Institutionalisierung ist der Prozess, indem Einheiten und Handlungsmuster durch Wissen, Gewohnheit oder Recht normative und kognitive Gültigkeit erlangen und als Gesetzmäßigkeiten und Selbstverständlichkeiten erscheinen (Meyer et al.: 2005a: 18). Da Kultur im World-Polity-Ansatz als die Gesellschaft selbst umfassend verstanden werden muss und ihr Sinn und Wert ein Teil der institutionalisierten Kultur ist, dürfen beispielsweise Individuen oder Organisationen als Akteure in einer Theorie niemals einfach vorausgesetzt werden, weil sich aus der kulturellen Institutionalisierung des spezifischen modernen (handlungsfähigen) Akteurs überhaupt erst ein Zusammenhang zwischen Individuum und Handlung ergibt, da sie beide Teil derselben kulturellen Konstruktion sind. Das moderne Individuum ist demzufolge also nicht mehr als ein „institutioneller Mythos, der sich aus der rationalen Theorie wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Handelns heraus entwickelt hat“ und somit hängt das Vorhandensein und der Sinn des modernen Individuums überhaupt erst vom Vorhandensein und der Gültigkeit rationaler Sinngebung als institutioneller Kultur ab (Meyer et al. 2005a: 35).⁹ Da diese Festlegungen in modernen gesellschaftlichen Systemen von allgemeiner und universeller Bedeutung sind, ergibt sich, dass alle individuellen Identitäten, Entscheidungen und Handlungen in all ihren Aspekten auf die kollektiven Ziele Gerechtigkeit und Freiheit bezogen erscheinen. Dies gilt für die Stimmabgabe bei einer Wahl genauso wie für den Erwerb eines Konsumgutes oder eine Berufsentscheidung. Handlungen sind somit niemals einzig und alleine das Produkt individueller Entscheidungen, insofern, als dass diese immer in einen gesellschaftlichen Kontext eingebunden oder eingebettet sind und auf diesen Bezug nehmen (Meyer et al.: 2005a: 17f).

7 Institutioneller Wandel im soziologischen Institutionalismus

Institutionelle Veränderungsprozesse entstehen nach der Vorstellung des soziologischen Institutionalismus durch den Wechsel von Orientierung gebenden Leitvorstellungen, wobei kurze Umbruchphasen auf längere Phasen der institutionellen Stabilität folgen. Akteure orientieren sich bei der Übernahme von solchen Leitvorstellungen an ihrem organisationalen Feld bzw. der Ebene der Weltkultur, in dem die Institutionalisierung stattfindet. Im Prozess der Institutionalisierung entsteht hier ein „gemeinsames geteiltes Verständnis bezüglich der Effizienz und Modernität von Praktiken“, wobei diese Leitvorstellungen keineswegs für die Bedürfnisse und Ziele aller Akteure gleichsam optimal sind (Beyer 2006b: 179).

8 Eine zentraler Aspekt von Meyers World-Polity-Theorie ist es zu erklären, wieso sich heutzutage staatlich-politische, wirtschaftliche, rechtliche, schulische, wissenschaftliche und kulturelle Strukturen weltweit stark ähneln und sich an westlichen Modellen orientieren, beziehungsweise warum sie sich zumindest in der theoretische Ausgestaltung nur marginal voneinander unterscheiden (Boli/Meyer/Thomas/Ramirez 2005: 86).

9 Senge äußert in Bezug auf diese theoretischen Prämissen Meyers einen berechtigten erkenntnistheoretischen Einwand. Wenn die Weltkultur sich durch „kulturelle Regeln konstituiert, die insbesondere auch die Wissenschaft prägen bzw. von ihr geprägt werden, bedeutet das nicht auch, dass Meyer und sein Denken und Wissen ebenfalls von dieser Kultur erzeugt werden?“ (2011: 770). Wenn dies der Fall ist, sollte es Meyer unmöglich sein hinter die Fassade der Weltkultur zu blicken, um sie zu erforschen. Seine Argumentation wäre ebenfalls ein Rationalitätsmythos.

Häufig diffundieren solche neuen Leitvorstellungen noch bevor sich sagen lässt, ob sie wirklich mit einer Effizienzsteigerung - im Vergleich zu den Modellen die sie ablösen - einhergehen (Zorn et al. 2005: 269). Ihre Ersetzung ergibt sich häufig durch Krisen, in denen die alten Leitvorstellungen in Frage gestellt werden und durch neue und überzeugendere Handlungsskripts verdrängt werden, die in den Augen der Akteure praktikabler und gewinnbringender erscheinen. Hierbei ist allerdings besonders in Bezug auf konkurrierende Unternehmen als Akteure anzumerken, dass die „ökonomische Effizienz der Unternehmensführungspraxis, die sich aus der Leitvorstellung ergibt, zwar auch von hoher Relevanz [ist], sie ist aber kein unabhängiger Prüfstein, da die Performancekriterien selbst Teil der Leitvorstellung und somit sozial konstruiert sind“ (Beyer 2006b: 179).

Solche neuen Leitvorstellungen entstehen durch das Aufkommen von neuen Ideen und Vorstellungen, die aufgrund theoretischer Plausibilität einen Perspektiven- oder Paradigmenwechsel herbeiführen können. Sie werden von Wissenschaftlern (oder auch Professionen) definiert, die ihre Autorität nicht aus ihrer Stärke als Akteure beziehen, sondern sich als „interessenlose, rationalisierte Andere“ darstellen, die zu der „Weiterentwicklung des rationalisierten und universalistischen Wissens“ beitragen (Meyer et al 2005b: 117). Interessenlose, rationalisierte Andere „wirken auf dem Weg ihrer kognitiven und moralischen Autorität“, sie verfügen jedoch kaum über „Macht im Sinne überlegener Durchsetzungsfähigkeit“ (Holzer/Kuchler 2007: 83f). Wenn es zu einer Weiterentwicklung von rationalisiertem Wissen durch ein neues Modell kommt, dann setzen, sobald das neu entdeckte Modell als „empfehlenswert (...) verifiziert ist, (...) Prozesse der Diffusion ein“ (ebd.: 79). Wie rasant sich solche Diffusionsprozesse vollziehen können lässt sich am Beispiel des Umweltschutzes verdeutlichen. Bereits wenige Jahre nachdem das weltkulturelle Ziel Umweltschutz von Wissenschaftlern definiert worden war, hatten sich in nahezu allen Staaten der Welt Umweltministerien gebildet. Neue Leitvorstellungen zeichnen sich also durch innovative und von der ursprünglichen Praxis abweichenden Handlungsskripte aus und verändern beispielsweise Unternehmen durch organisationsinterne Machtkämpfe von Individuen oder Gruppen mit verschiedenen Überzeugungen bezüglich Praktiken für eine gesteigerte Konkurrenzfähigkeit (vgl. Fligstein: 2001: 77).

Im Anschluss an die Darstellung des soziologischen Institutionalismus soll dieser nun kritisch diskutiert werden, wobei sich aus seinen erklärungstheoretischen Grenzen Anknüpfungspunkte für eine Verquickung mit Elementen anderer Institutionalismuszweige ergeben. Im Kern geht es hierbei um die Problematisierung der „Unterbetonung“ von Akteuren in der World-Polity-Theorie und um Möglichkeiten die andere Institutionalismustheorien in Bezug auf die hieraus entstehenden Schwierigkeiten offerieren, indem sie den Faktoren Kreativität und Macht neben Legitimität in Bezug auf Prozesse des institutionellen Wandels mehr Raum geben. Des Weiteren lassen sich Ähnlichkeiten zwischen theoretischen Überlegungen des soziologischen und des historischen Institutionalismus in Bezug auf die Erklärung institutioneller Entstehungs-, Wandlungs- und Reproduktionsdynamiken finden, die lediglich in verschiedene Begriff gekleidet sind, sich im Kern jedoch auf vergleichbare Argumentationen herunterbrechen lassen.

8 Kritik an der World-Polity-Theorie

Ein wichtiger, wenn nicht der Hauptkritikpunkt an John W. Meyers World-Polity-Theorie ist das Fehlen einer tiefgehenden theoretischen Auseinandersetzung mit dem in seiner Theorie so zentralen Kulturbegriff. So fehlt beispielsweise eine genaue Begriffsdefinition von Kultur, die allen Anwendungen in seinem Werk standhält (vgl. Senge 2011: 769). Meyer unterstreicht zwar stets den Aspekt, dass Kultur Wirklichkeit und Wissen erzeugt, was oder wer wiederum Kultur erzeugt, wird jedoch nicht präzise thematisiert. Es lassen sich in Meyers Texten zwar einige Hinweise auf die Herkunft der Weltkultur finden, die etwa Bezug auf eine christliche und westliche Tradition oder allgemeine Prinzipien wie Freiheit, Fortschritt und Gerechtigkeit nehmen, eine dezidierte Analyse dieser etwas unbefriedigenden Erklärungsversuche oder ihrer historischen Entwicklung bleibt Meyer jedoch schuldig (vgl. Meyer et al. 2005a: 37ff). Krücken wendet in diesem Zusammenhang ein, dass beispielsweise Gerechtigkeit sowohl kollektiv-egalitär als auch individuell-meritokratisch definiert werden kann (vgl. Krücken 2005: 314).

Des Weiteren wird die konkrete Umsetzung der kulturellen World-Polity-Programme in lokalen Kontexten nicht untersucht, obwohl sich bei der Adaption der Programme sehr häufig empirisch zeigt, dass sich das tatsächliche Handeln und die formalen Strukturen nicht gleichen bzw. entkoppelt sind. Eine Untersuchung der Reichweite solcher kreativen Entkopplungsprozesse und der tatsächlichen sozialen Praktiken ist aber unerlässlich um zu erforschen, welche Bedeutung die Akteure den Programmen und Ihren Maßnahmen zuschreiben, deren vermeintliche Isomorphie postuliert wird (vgl. Senge 2011: 770). In der empirischen Forschung im Rahmen des World-Polity-Ansatzes, die hauptsächlich aus quantitativen Längsschnittanalysen besteht, wird die Ermittlung der Zuschreibung der sozialen Bedeutung und somit der kognitiven und kulturellen Aspekte von Wirklichkeit in der Regel gar nicht berücksichtigt. Die Frage, ob es plausibel ist von einer einheitlichen globalen Kultur auszugehen, muss dementsprechend ungeklärt bleiben, sofern die Erforschung der Reichweite von Entkopplung, Adaption und Translation ausbleibt (vgl. Becker-Ritterspach et al. 2006b).

9 Kreative Akteure

Der soziologische Institutionalismus bietet zwar ein auf der theoretischen Ebene mehr oder weniger überzeugendes Instrumentarium von Begrifflichkeiten und Konzepten für die Erklärung und Untersuchung von Mechanismen (globaler) institutioneller Anpassungs- und Wandlungsprozesse. Allerdings ergeben sich einige Schwachpunkte und Unzulänglichkeiten, die insbesondere in der Vernachlässigung von kreativen (d.h. nicht ausnahmslos durch bestehende Institutionen determinierte) Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten von Akteuren, sowie der untergeordneten Rolle der Machtkonstellationen zwischen verschiedenen Akteuren (insbesondere in der World-Polity-Theorie) liegen (vgl. Djelic/Quack 2003). Sicher ergeben sich durch die Möglichkeit der Entkopplung in der soziologischen Institutionalschule Potentiale für Akteure zur kreativen Gestaltung jenseits deterministisch wirkender Institutionen, jedoch zielen die Argumentationslinien der World-Polity-Theorie in der Regel auf die Rolle und Bedeutung der Isomorphie. Entkopplung ist zwar ein Phänomen welches häufig in der Empirie zu finden ist, aber das Hauptaugenmerk wird stets auf die Frage nach den Kräften, die Akteure dazu zwingen unrealistische oder ihren eigenen Interessen zuwiderlaufende formale Strukturen vorzutauschen, gerichtet (vgl. Meyer et al 2005a: 28).

Ein Theoriegebäude, welches als Mischform aus soziologischen und historisch-akteurszentrierten Aspekten der Neoinstitutionalismusforschung konzipiert ist, scheint den vorangegangenen Überlegungen folgend jedoch eine vielversprechende theoretische Kombination darzustellen, welches in der Lage ist eine Vielzahl von relevanten Faktoren in Bezug auf Prozesse der Genese, des Transfers und des Wandels von Institutionen auf und zwischen regionaler, nationaler und transnationaler Ebene zu erklären und zu analysieren. Ein zentraler Punkt bei dieser Theoriesynthese ist die Frage nach der aktiven Mitgestaltung und Förderung von Prozessen der Institutionalisierung durch kreative Akteure. Die Wichtigkeit dieses Faktors wird bisweilen eher selten betont und häufig unterschätzt (vgl. Crouch 2004: 71; Djelic/Quack 2003: 18).

Der durch den akteurszentrierten Institutionalismus von Mayntz und Scharpf (1995) geprägten und durch Webers Konzept von Institutionen als Herrschaftsverbänden (1991) inspirierten Argumentation von Streeck folgend, sind Institutionen nicht unbedingt deterministisch in dem Sinne, dass sie das Verhalten von Akteuren als sogenannte „rule taker“ zwangsläufig nach den Implikationen formen, die die sogenannten „rule maker“ intendiert hatten.¹⁰ Die Akteure, auf die die Institutionen wirken, besitzen nämlich neben der Option einer institutionellen Regel Folge zu leisten auch die Möglichkeit gegen diese zu „rebellieren“ oder sie nur oberflächlich oder unzureichend zu befolgen, wie etwa im Falle von „Dienst

¹⁰ Es sei an dieser Stelle gesagt, dass das Konzept lediglich im Hinblick auf Institutionen in modernen kapitalistischen politischen Ökonomien entwickelt wurde (vgl. Streeck 2010b: 10) Die Beziehung, die „rule taker“ und „rule maker“ mit der sie umgebenden Gesellschaft und den Werten die ihnen diese auferlegt besitzen, bleiben in dem Modell zwar außen vor, könnten aber potentiell unter Inkaufnahme einer enormen Komplexitätssteigerung in das Modell integriert werden (vgl. Thelen/Streeck 2005: 14).

nach Vorschrift“ als Mittel von Arbeitern im Kampf gegen Arbeitgeber. Akteure können sich in Bezug auf eine Institution die sie befolgen sollen also strategisch positionieren und es besteht in einer solchen Situation immer ein gewisser Spielraum bezüglich der Interpretation des Zwecks, der Intention oder des Ziels einer Institution und wie diese im individuellen Fall erreicht werden können. Gleichgültig, ob ein Akteur eine institutionelle Regel befolgen möchte oder nicht, er hat in jedem Fall eine ontologische Abstraktions- und Interpretationsleistung zu erbringen, die die Lücke zwischen der generellen und spezifischen sowie zwischen der normativen und faktischen Dimension einer Institution zu schließen vermag, wobei nicht vorausgesehen werden kann auf welche individuell spezifische Art diese Überbrückung stattfinden wird. Da dieser Interpretationsprozess niemals vollkommen vorhersehbar ist, kann man nicht von einer deterministischen Wirkung einer Institution ausgehen (vgl. Thelen/Streeck 2005: 14f).

Aus dieser Überlegung ergibt sich ein Wechselspiel zwischen Akteuren und ihren Handlungen einerseits und Institutionen andererseits, das Deutung und Erwartung auf beiden Seiten reflektiert. Akteure als „rule taker“ machen sich eine Idee davon was eine Institution bzw. ein „rule maker“ von ihnen möchte oder auf welches intendierte Verhalten die Institution abzielt. Institutionen zielen auf Akteure ab, von deren Handlungsweise die „rule maker“ eine spezifische Vorstellung haben, was wiederum dazu führt, dass sie bestimmte Erwartungen an ihr Verhalten knüpfen. Mit der Zeit entstehen in diesem Zusammenspiel gewissermaßen Präzedenzfälle der vermeintlich typischen Interpretation, die die Auslegung auf beiden Seiten erleichtern. Gleichzeitig kann sich jedoch auch Sinn und Bedeutung der Institution mehr oder weniger merklich wandeln. Die institutionelle Umwelt einer Institution kann sich ebenfalls ändern, was neue Interpretationen und Re-Interpretationen entstehen lässt. Aus dieser Dynamik ergibt sich ein zwangsläufiger Transformationsprozess der sozialen Ordnung, da jedes Befolgen oder Nicht-Befolgen einer Institution zu einem gewissen Maße mit kreativen Interpretationen bzw. Handlungen seitens der Akteure (in diesem Falle „rule taker“) verbunden ist. Jegliche Reproduktion einer sozialen Ordnung oder einer einzelnen Institution kann dementsprechend niemals perfekt gelingen, da Ziel und Intention einer Institution stets im Licht spezifischer Situationen und sich generell wandelnder Begleitumstände gedeutet werden. Da „rule maker“ niemals vollständig in der Lage sind, die zukünftigen Umstände unter denen „rule taker“ eine Institution kreativ interpretieren und befolgen oder nicht befolgen zu kennen, entstehen notgedrungen nicht erwartbare Handlungsmuster.¹¹ Aus dem Umstand, dass jegliche Reproduktion von Institutionen immer mit Abweichung verbunden sein muss, ergibt sich, dass soziale institutionelle Ordnungen sich in einem permanenten Zustand der Bewegung bzw. des Wandels befinden (vgl. Streeck 2010b: 11f).

Der Umstand, dass die Interpretation einer neuen Institution durch einen Akteur nicht im luftleeren bzw. institutionslosen Raum stattfindet, sondern durch die bestehende institutionelle Umwelt geprägt wird, wie es die World-Polity-Forschung unterstreicht, muss also nicht gleichzeitig bedeuten, dass es keinerlei kreativen Handlungs- oder Entscheidungsspielraum für Akteure gibt. Natürlich beschränkt und beeinflusst die institutionelle Kultur jegliche Handlungen oder Handlungshorizonte auf einer kognitiv-ontologischen Basis, aber sie determiniert sie nicht vollständig. Die Logik einer Handlung muss sich zwar immer an einer institutionalisierten Angemessenheit orientieren, die als ontologisches Handlungsskript gewissermaßen vorgibt wie die Dinge sein sollen oder abzulaufen haben, aber da sowohl die ontologische Abstraktions- und Interpretationsleistung der „rule taker“ beim Befolgen einer Institution, als auch die aus der Sicht des „rule takers“ immer in der Zukunft gelegene spezifische Situation in der diese stattfindet stets kontingent und somit gewissermaßen nicht vorher bestimmbar sind, muss Handeln zu einem bestimmten Maß als frei und kreativ betrachtet werden. Die organisationssoziologische World-Polity-Theorie scheint bisweilen so sehr mit Prozessen der Makro-Ebene beschäftigt zu sein, dass die Akteure, die in diese Prozesse involviert sind, soweit aus dem Blickfeld geraten, dass im Ergebnis so etwas wie „action with agents“ entsteht (vgl. Hall/Taylor 1996: 954). Möglichkeiten und Erklärungspotentialen, die ein „interaktives“ Zusammenspiel von „rule taker“ und „rule maker“ bzw. Akteuren und

11 Die verschiedenen Modi des institutionellen Wandels, die Thelen/Streeck 2005 einführen, setzen jeweils in verschiedenen Formen an der ontologischen Schnittstelle zwischen Institution und ihrer Umsetzung an. Zu *Drift* kommt es beispielsweise, in Situationen, in denen „rule maker“ Institutionen nicht an ihre sich wandelnde Bedeutung anpassen (vgl. Thelen/Streeck 2005: 24f).

Institutionen in Bezug auf das organisationssoziologische Konzept der Entkopplung eröffnen, könnten richtungweisende Ideen für neue Forschungen im Rahmen der World-Polity-Forschung darstellen.

10 Institutionalisierung statt Institutionen

Da sich die Institutionen sozialer Ordnungen in einem stetigen Wandel befinden, sollte eine institutionstheoretische Betrachtungsweise sensibel für diesen Umstand sein und sich in ihrer Analyse eher auf Prozesse der Institutionalisierung als auf statische Institutionen beziehen. Laut Tolbert und Zucker (1996) lassen sich Prozesse der Institutionalisierung in drei unterschiedliche Phasen unterteilen. In der ersten Phase der Pre-Institutionalisierung entwickeln sich Akteure durch regelmäßig wiederkehrende Interaktionen, die spezifische Muster der Reaktion auf Problemstellungen erzeugen, und an die gemeinsam geteilte Bedeutungen und Verständnisse geknüpft werden (vgl. Berger/Luckmann 1969). In der zweiten Phase verfestigen sich diese Bedeutungen und Verständnisse auf einer Ebene die über dem spezifischen Kontext der Handlung liegt. Diese Objektivierung wird von einer Stabilisierung des Konsenses der sozialen Akteure über den Wert des Handlungsmusters und seiner Bedeutung und seines Verständnisses begleitet, wobei die entstehenden Strukturen und Regeln in diesem Stadium jedoch noch relativ fragil sind und leicht revidiert werden können. Erst in der dritten Phase kommt es zu einer endgültigen Verfestigung der Handlungsmuster und ihrer Bedeutungen, die mit einer weitreichenden Diffusion der Struktur einher geht und letztendlich dazu führt, dass diese als Externalitäten wahrgenommen werden, denen eine eigene Realität zugeschrieben wird (vgl. Djelic/Quack 2003: 22).

Tolbert und Zucker (1996) unterscheiden Handlungsmuster also nach der Stärke der Institutionalisierung oder Einbettung (wobei die Sequenz von Habitualisierung über Objektivierung bis hin zu einer Sedimentation reicht) und nach den Konsequenzen, die diese in Bezug auf die Veränderbarkeit des Handlungsmusters bzw. der Institution haben. Das dreistufige Modell der Institutionalisierung lässt die unterschiedlichen Institutionsdefinitionen der verschiedenen Institutionalismustheorien in einem neuen Licht erscheinen, da nun nicht mehr verschiedene Dinge unter demselben Begriff subsumiert werden müssen, sondern als unterschiedliche Phasen oder Momente der Institutionalisierung betrachtet werden können. Während die formalen und sanktionierten Regeln und Gesetze auf der Seite der Rational-Choice-Institutionalisten eher auf der Stufe der Habitualisierung und Objektivierung angesiedelt sind, befinden sich etwa unhinterfragte kognitive Sinnschemata auf der Seite der soziologischen Institutionen eher auf der Stufe der Sedimentation. Die Festlegung der drei Kategorien bedeutet allerdings nicht, dass sie notwendigerweise auch in dieser Reihenfolge ablaufen müssen. Es gibt also keinen evolutionär festgelegten Weg der Institutionalisierung von Handlungs- und Deutungsschemata. Institutionelle Regeln, die bereits in einem anderen Kontext existierten, können beispielsweise durch Normen, Mimese oder Zwang initiierte Diffusionsprozesse in einen neuen Handlungsrahmen vordringen und auf diesem Wege beispielsweise die erste Stufe der Institutionalisierung überspringen (vgl. DiMaggio/Powell 1983). Aus dieser Überlegung ergibt sich, dass es in einer sozialen Ordnung verschiedene miteinander koexistierende Handlungsmuster gibt. Man sollte also weniger von einem einzelnen dominanten, wenn nicht sogar determinierenden institutionellen Rahmen ausgehen, als vielmehr von einem Fundus an konkurrierenden und verschieden stark institutionalisierten Handlungsmustern, die gleichzeitig bestehen und unterschiedliche Alternativen der Handlung ermöglichen (vgl. Djelic/Quack 2003: 23). Solche institutionellen Alternativen lassen sich insbesondere zwischen der nationalen und internationalen Ebene finden. Eine solche Betrachtungsweise liefert vielfältige Erklärungspotentiale (bzw. Anreize) für institutionelle Veränderung.¹²

Institutionen sollten nicht als Rahmen der Restriktion, sondern als Pool von Möglichkeiten betrachtet werden. Vorherrschende Machtkonstellationen und die Legitimität von bestimmten Leit- und Weltbildern strukturieren zwar wie Akteure handeln, allerdings determinieren sie diese nicht. Es kann

¹² Vgl. in diesem Kontext etwa Beyers (2009) Ausführungen zur Wirkung des globalen Institutionensystems des Finanzmarktkapitalismus auf nationale Wirtschaftssysteme und den potentiell hieraus entstehenden Konflikt verschiedener institutioneller Logiken.

potentiell immer institutionelle Handlungsalternativen bzw. einen Interpretationsspielraum auf der Seite der „rule taker“ (in diesem Fall „institutional entrepreneurs“) geben und dieser kann sich mit der Zeit verändern. Die Entstehung von veränderten Handlungsmustern, die mit der althergebrachten institutionellen Ordnung konkurrieren und brechen, führt - sofern sie Unterstützung erhalten - zu institutionellem Wandel.

Die World-Polity-Forschung vernachlässigt das Vorhandensein von solchen verschiedenen legitimen Handlungsalternativen in ihren Analysen institutioneller Wandlungsprozesse, die zu isomorpher Konvergenz führen. Obwohl sich durch die explizite Anerkennung des immanenten Konfliktpotentials zwischen den weltkulturellen Basiswerten Freiheit und Gerechtigkeit ein potentiell ertragreicher Nährboden für die Konzeption heterogener Legitimitätsgrundlagen für Handlungen bereitstellt und man auf diesem Wege Erklärungsansätze jenseits der „Einbahnstraße“ der Weltkultur entwickeln könnte, ohne mit den theoretischen Prämissen der Theorie brechen zu müssen.

11 Geltungsbereich von Institutionen und Machtkonstellationen

Nachdem in den vorangegangenen Erläuterungen die Rolle der kreativen Potentiale der Akteure in Bezug auf die Interpretation und Umsetzung von Institutionen hervorgehoben und die Prozesshaftigkeit von Institutionen betont wurde, soll nun auf zwei weitere Dimensionen Bezug genommen werden, die bei institutionellen Wandlungsprozessen von zentraler Bedeutung sind: Akteursmacht und institutioneller Geltungsbereich. Der in der World-Polity-Theorie zentrale Aspekt des Legitimierungsdrucks, der beispielsweise zu Isomorphie zwischen Unternehmen eines organisationalen Feldes führt, indem sich diese an die gängige Leitvorstellung der Unternehmensführung in ihrem organisationalem Feld anpassen müssen, oder Nationalstaaten zur Ausbildung isomorpher Bildungssysteme zwingt, da sie sich vor dem Hintergrund einer Weltkultur legitimieren müssen, ist nicht der einzige plausible und denkbare Beweggrund für institutionelle Veränderungsprozesse. Machtkonstellationen zwischen verschiedenen Akteuren (nicht nur innerhalb einer Organisation) können ebenfalls einen entscheidenden Einfluss in Bezug auf institutionellen Wandel haben, diesen sogar initiieren. Prozesse der Genese, des Transfers und des Wandels von Institutionen auf verschiedenen Ebene können aktiv durch mächtige - mithin global operierende - Akteure gestaltet und gefördert werden. Bei diesen Prozessen des institutionellen Wandels sind insbesondere die institutionellen Wechselwirkungen zwischen nationaler und globaler Ebene bedeutsam, die als Pools von verschiedenen Handlungsalternativen verstanden werden können. Akteure können dieser Vorstellung nach Institutionen kreativ rekombinieren und auf diesem Weg neue institutionelle Problemlösungen kreieren, die ihre Interessen besser befriedigen als althergebrachte Lösungen. Speziell an der Schnittstelle zwischen nationaler und transnationaler Ebene finden solche Rekombinationen institutioneller Rahmen durch Akteure statt und diese können institutionellen Wandel bewirken. Externe institutionelle Alternativen können im nationalstaatlichen Kontext von Akteuren adaptiert werden, da sie neue Möglichkeiten der Problemlösung offerieren, welche insbesondere in Krisenzeiten benötigt werden (Djelic und Quack 2003: 18ff).

Prozesse des institutionellen Wandels werden Djelic und Quack (2003) zufolge allerdings nicht nur herbeigeführt, weil sie vielversprechende neue Möglichkeiten für Akteure bieten, sondern auch, indem bestimmte Institutionen mächtigen Akteuren besonders von Nutzen sind und diese deren Verbreitung deshalb aktiv unterstützen. An dieser Stelle wird die Bedeutung der Unterschiede von Akteuren in Bezug auf ihre Möglichkeiten Einfluss auf andere Akteure auszuüben deutlich, welche in der World-Polity-Theorie unterschätzt wird, wenn sie die Initiierung institutionell-kulturellen Wandels lediglich Akteuren zuschreibt, die Prozesse eben nicht durch ihre herausragende Machtposition forcieren, sondern sich als interessenlose Agenten von Profession und Wissenschaft präsentieren (vgl. Meyer et al. 2005b: 117). Machtkonstellationen zwischen Akteuren spielen jedoch eine wichtige Rolle beim Erzwingen von Änderungen nationaler Institutionensysteme beispielsweise durch dominante ausländische Akteure, die eine privilegierte Position in Bezug auf Macht, sozialen Status und den Zugang zu Ressourcen innehaben.

Dominante „global player“ - die transnational operieren - besitzen dementsprechend Machtpotentiale um ihre „Spielregeln“ weit über die Grenzen ihres traditionellen Handlungsspielraumes zu verbreiten und sie schwächeren nationalen Akteuren gegen ihren Willen (und gegen die Logik des bestehenden Institutionensystems) aufzuzwingen. Im nationalen Kontext unterstützen diese nationalen Akteure häufig die existierende nationale institutionelle Ordnung, da diese ihre „Sicht der Dinge“ strukturiert und eine solche institutionelle Ordnung häufig auch die Machtposition eines solchen Akteurs anerkennt bzw. reflektiert. In Zeiten der Krise können solche nationalen Akteure allerdings zu starken Befürwortern institutioneller Alternativen werden, die die institutionellen „Missionierungsversuche“ von mächtigen fremden Akteuren unterstützen oder selbst aktiv institutionelle Wandlungsprozesse durch eine institutionelle Umorientierung einleiten. Die Transformationen nationaler Institutionen können dann wiederum unfreiwillige Konsequenzen für nationale Akteure in geringeren Machtpositionen haben, die sich den institutionellen Änderungen fügen müssen, obwohl sie ihren Wünschen zuwider laufen. Solche Prozesse folgen einer „bottom up“-Logik, unabhängig davon ob sie transnational oder innerhalb eines Landes vorstattgehen (vgl. Djelic und Quack 2003: 24).

Im Gegensatz zu dominanten globalen und nationalen Akteuren verfügen so genannte „fringe player“, die eher an der Peripherie eines institutionellen Feldes angeordnet sind, nur über geringe Machtpotentiale, einen geringen sozialen Status und begrenzten Zugang zu Ressourcen. Ihre Passivität und Machtlosigkeit können sie jedoch mit Innovationsfähigkeit kompensieren. Für „fringe player“ ist es weniger kostenintensiv mit neuen institutionellen Lösungen zu experimentieren, die etwa auf der transnationalen Ebene verfügbar sind, da sie aufgrund ihrer marginalisierten hierarchischen Position nicht so stark sanktioniert werden wie dominante nationale Akteure. Wenn sie allerdings Erfolg mit ihrer Abweichung vom institutionellen Mainstream haben, so steigen auch ihr Status und ihre Macht. Die neue entwickelte institutionelle Praxis verbleibt entweder auf lokaler Ebene oder sie wird von dominanten nationalen Akteuren übernommen, was einer „bottom up“-Logik des institutionellen Wandels entspricht. Die institutionellen Änderungen durch „fringe player“ ergeben sich insbesondere durch Praxis und Diskurs, eine Kombination aus beiden Faktoren ist sehr häufig zu beobachten (vgl. ebd.: 25).

Sowohl institutionelle Wandlungsprozesse, die einer „bottom down“-Logik folgen als auch Transformationen die einer „bottom up“-Logik folgen, haben etwas Gemeinsames. Sie werden von Akteuren initiiert bzw. kreierte. Außerdem entstehen sie nicht aus dem Nichts, sondern fußen auf bestehenden Institutionen und Handlungsmustern, die anderswo funktionieren bzw. in Kraft sind oder den Akteuren zumindest bekannt sind. Diese institutionellen Arrangements und ihre Logiken werden von den Akteuren dann umgangen, rekombiniert, neu erfunden oder neu interpretiert. Insbesondere im nationalstaatlichen Kontext wird die Entstehung neuer Institutionen oder institutioneller Konstellationen hierbei häufig durch Aspekte der Pfadabhängigkeit beeinflusst, das heißt die bestehende institutionelle Ordnung limitiert die Entstehung neuer Institutionen und neue Institutionen müssen sich durch diese Grenzen zumindest in gewissem Maße mit anderen bereits bestehenden Institutionen im Einklang befinden, um anschlussfähig zu sein (vgl. Mahoney 2000; Pierson 2000). Die Interessen und sozialen Identitäten von Akteuren die sich am Prozess der Institutionengenesen beteiligen, genauso wie die Koalitionen und Konflikte zwischen Gruppen mit gemeinsamen und zuwiderlaufenden Interessen als auch die kognitiven und kulturell-normativen Fundamente dieser Akteure, sind durch die bereits existierenden institutionellen Kontexte in denen die Akteure eingebettet sind und in denen sie handeln, geprägt. Dies gilt insbesondere für den staatlichen Kontext als spezifischen und institutionell beschränkenden Rahmen für Akteure. Typische Deutungs- und Handlungsmuster von Akteuren reflektieren in einem großen Maß solche bereits bestehenden institutionellen Zusammenhänge aus denen die Akteure kommen, und diese sind häufig mit gesellschaftlichen oder nationalen Einheiten assoziiert (vgl. Morgan 2001).

Auf der transnationalen Ebene multipliziert sich die Anzahl von relevanten Akteuren mit unterschiedlichen institutionell geprägten Deutungs- und Handlungsschemata, Interessen und Identitäten. Im transnationalen Raum gelingt es nun den verschiedenen Akteuren besser oder schlechter ihre eigene nationalgesellschaftlich pfadabhängige und spezifische Sicht der Dinge und Handlungsweise durch Reperieren in die transnationalen Institutionsbildungsprozesse mit einzubringen und so die internationale

Institutionengenesen sowie Reform- und Wandlungsprozesse mitzugestalten. Allerdings handelt es sich hierbei keineswegs um einen unilinearen Prozess, sondern um ein Wechselspiel, was heißt, dass der internationale institutionelle Rahmen dem sich solche transnational auftretenden Akteure ausgesetzt sehen auch wiederum prägend für diese Akteure wird und fortan ihre Deutungs- und Handlungsschemata, Interessen und Identitäten beeinflusst. Institutionen der einen Ebene können also als Inspiration für Institutionenbildung auf einer anderen Ebene dienen oder zu deren Stabilisierung beitragen. Die empirischen Ergebnisse von Crouch et al. (2009) legen beispielsweise nahe, dass regionale und sektorale institutionelle Besonderheiten und Innovationen durch das kreative Wechselspiel von transnationaler, nationaler und regionaler Ebene entstehen können. Diese Feststellungen stehen im Widerspruch zu den Annahmen des VoC-Ansatzes, der vom Vorhandensein in sich konsistenter und nach außen abgegrenzter nationaler Institutionensysteme ausgeht. Fazit der Forschung von Crouch et al. ist, dass es inkohärente institutionelle Subsysteme auf lokaler Ebene geben kann, die einer eigenen bzw. national gegenläufigen Logik folgen und Vorteile für bestimmte wirtschaftliche Sektoren bereitstellen. Die nationale Institutionenebene ist also nicht immer die „tonangebende“ Ebene und kann durch lokale oder globale Institutionen herausgefordert oder ersetzt werden bzw. Institutionen der verschiedenen Ebenen können rekombiniert werden. Unternehmen als Akteure sind demnach selbst in der Lage eigene lokale Institutionen zu erschaffen, die vom nationalen Institutionensystem abweichen und den spezifischen Anforderungen ihres Sektors entsprechen (vgl. 2009: 672ff).

12 Fazit

Das Ziel dieser Arbeit war eine kritische Diskussion verschiedener Institutionentheorien und ihrer Perspektiven auf Institutionengenesen, -reproduktion und -wandel. Ausgehend von der Einsicht, dass die Gründe für die unterschiedlichen wissenschaftlichen Positionen bezüglich dieser Prozesse nicht unbedingt nur in der Empirie zu suchen sind, sondern auch in der theoretischen Perspektive, die die Forscher einnehmen, sollte der Frage nachgegangen werden, wie sich Institutionen ändern und vor allem auch, warum es zu institutionellen Transformationen kommt. Potentiale und Grenzen, sowie ähnliche und divergierende Argumentationslinien der verschiedenen Strömungen des Institutionalismus sollten in Bezug auf die Fragestellung erörtert werden, wobei die Frage nach der Möglichkeit einer Kombination einzelner Elemente der teils hochgradig unterschiedlich argumentierenden Theorien im Vordergrund stand. Ausgehend von der Funktionalismus-Kritik an Rational-Choice-Modellen wurde der soziologische Institutionalismus näher betrachtet, welcher die soziale Einbettung und die kulturell-normativen Dimensionen von Institutionen betont. Es stellte sich jedoch heraus, dass auch diese theoretische Perspektive mit einigen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, die sich aus der Überbetonung der deterministischen Kraft von Institutionen und der Unterbetonung von Macht und Handlungsspielräumen seitens der Akteure ergeben. Im Anschluss an diese Überlegung wurde für ein hybrides Modell plädiert, welches das Wechselspiel zwischen Akteuren und Institutionen und dessen prozesshaften Charakter reflektiert. Diese theoretische Perspektive ermöglicht es aus einer einschränkenden Sichtweise herauszubrechen, die sich zwischen Überbetonung und Unterbetonung der deterministischen Kraft von Institutionen einerseits und Beschränkung der Handlungsfähigkeit von Akteuren andererseits entscheiden muss.

Dieses dynamische Modell wurde mit dem Ziel entwickelt den heterogenen empirischen Entwicklungen im Forschungsfeld der Institutionalisierung von Deutungs- und Handlungsweisen näherzukommen als statische Rational-Choice Betrachtungsweisen, wie sie von Vertretern des „punctuated equilibrium model“ des radikalen Wandels vertreten werden (Thelen 2002: 99). Aber diese Sichtweise erweitert auch den Fokus der organisationssoziologischen Perspektive auf institutionellen Wandel, da sie die Möglichkeit heterogener Veränderungsprozesse hervorhebt, die sich über die Perspektive von institutionellem Wandel als unaufhaltsamem westlich geprägtem Rationalisierungsprozess, der überall auf dem Globus zu einer isomorphen Konvergenz der Institutionen führt, erhebt und zumindest konzeptionell die Möglichkeit einer theoretischen Modellierung von Veränderungsprozessen jenseits einer fast teleologisch

angelegten „Durchdringung der Welt mit den Prinzipien der westlichen Moderne“ offeriert (vgl. Meyer 2005).

Aus der Annahme einer einheitlichen Weltkultur, welche als Legitimierungsinstanz globale Isomorphie erzeugt, ergibt sich nicht nur eine Makro-Theorie, die die Stellung von Akteuren verkennt, sondern auch eine implizit konservative Perspektive die notwendigerweise Innovationspotentiale in Bezug auf institutionellen Wandel unterschätzt, da sie in gewisser Hinsicht ähnlich wie Konzepte der Pfadabhängigkeit argumentiert. Vergangene Entscheidungen, Denkweisen und Routinen reichen in die Gegenwart hinein und „engen potentielle Handlungsalternativen ein und beeinflussen so die zukünftige Entwicklungsrichtung in maßgeblicher Weise“. Dies führt zu institutionellen Verfestigungen, die Pfadwechsel oder Pfadabkehr als Unmöglichkeiten oder Ausnahmefälle erscheinen lassen (Beyer 2006a: 6). Was Beyer in Bezug auf Erklärungsansätze der (zumeist national gedachten) Pfadabhängigkeit schreibt, trifft ebenso auf die Theorie einer Weltkultur zu, wenn diese von einem quasi-evolutionären Prozess der globalen Isomorphisierung institutioneller Strukturen ausgeht. Handlungsalternativen für Akteure werden systematisch ausgeblendet, da diese stets gezwungen sind sich weltkulturell zu legitimieren, was wiederum zu Konvergenz und Stabilität der Weltkultur führt. Ein Modell, das jegliche Entwicklung des Wandels hin zur Konvergenz nur durch die rationale Eigenlogik des institutionell-kulturellen Weltpfades erklärt, braucht keine kreativen Akteure als antreibende Kräfte von institutionellen Wandlungsprozessen. Doch wie plausibel ist eine Theorie, die Institutionen als quasi deterministisch in Bezug auf handelnde Akteure betrachtet. Sicher ist das Handeln von Akteuren zwangsläufig immer in einen bereits bestehenden institutionellen gesellschaftlichen Kontext eingebettet und muss in gewisser Weise anschlussfähig an diesen sein, aber muss diese Weltkultur gezwungenermaßen einheitlich sein und Isomorphie produzieren?

Meyer schreibt selbst, dass der weltkulturelle institutionelle Rahmen keineswegs vollkommen homogen ist und sich im Wesentlichen aus miteinander grundsätzlich im Konflikt stehenden Zielen wie Freiheit, Fortschritt und Gerechtigkeit zusammensetzt. Dies legt doch viel eher die Vermutung nahe, dass es verschiedene normativ-kulturelle Ebenen der Legitimation für Akteure und Institutionen gibt, in denen sich beispielsweise ein verschiedenes Mischverhältnis von Freiheit und Gerechtigkeit wiederfinden lässt. Die Frage lautet also, wie eng und wie einheitlich ist der weltkulturelle Hintergrund tatsächlich und wie weitreichend ist dementsprechend das Phänomen der Isomorphie. Anhand der getätigten Überlegungen erhärtet sich der Verdacht, dass der Handlungsspielraum, den die Weltkultur bietet, wesentlich größer ist, als die World-Polity-Forschung impliziert. Wenn Meyer beispielsweise schreibt, dass Kapitalismus und Kommunismus „recht ähnliche Ziele mit recht ähnlichen Mitteln“ verfolgen, so wird deutlich, dass die Ebene auf der sich weltkulturelle Isomorphie realisiert teilweise so weit von empirisch relevanten Fragestellungen der Politischen Ökonomie entfernt ist, dass ihr Erklärungspotential fragwürdig erscheint. Ein Beispiel aus der Biologie kann diese Problematik der Ebene der Isomorphie verdeutlichen: Das Erbgut von Menschen und Schimpansen ähnelt sich genetisch zu etwa 98% und der „gemeinsame Pfad“ dieser beiden Lebewesen trennt sich evolutionär betrachtet erst sehr spät voneinander. Dennoch wird niemand bestreiten wollen, dass eben in diesem mit 2% vermeintlich geringfügigen Unterschied der Erbanlagen Welten liegen, ohne in Abrede zu stellen, dass die Erkenntnis einer nahen genetischen Verwandtschaft von Mensch und Schimpanse eine entscheidende biologische Erkenntnis ist. Ebenso stellt die Annahme einer bedeutungsgebenden und ontologischen Weltkultur, vor deren Hintergrund sich Legitimationserfordernisse ergeben, eine wichtige Erkenntnis dar. Man muss bloß abwägen, auf welcher Ebene man Schlüsse aus dieser Erkenntnis zieht. Ein einziges verändertes Protein kann aus der Sicht eines Mediziners den Unterschied zwischen einem Heilmittel für Krebs und einem tödlichen Gift ausmachen, während es für einen Chemiker zwei nahezu strukturgleiche Moleküle sind.

Das in dieser Arbeit vorgeschlagene Modell der Betrachtung von Institutionen versucht sich von der Vorstellung einer globalen und sich evolutionär ausbreitenden Kultur mit Universalitätsanspruch zu lösen, ohne dabei zu verkennen, dass Akteurshandlungen und neue Institutionen stets in einen Kontext bereits existierender Institutionen eingebettet sein müssen. Die vorgeschlagene Perspektive lenkt den Fokus auf verschiedene konkurrierende und sich gegenseitig beeinflussende Institutionen und Institutionenrahmen, die auf verschiedenen Rationalitäten fußen können und auf der regionalen, nationalen

und auch auf der transnationalen Ebene angesiedelt sind. Eine Sichtweise, die sich theoretisch zwischen Rational-Choice-Institutionalismus und soziologischem Institutionalismus positioniert und Prozesse der Institutionalisierung auf den verschiedenen Ebenen beobachtet, identifiziert ein hochgradig komplexes Netz aus politischer und privater Autorität, indem deren Grenzen zunehmend verwischen oder sich die Sphären der Macht überlappen. Insbesondere in der Arena der transnationalen Institutionenbildung finden sich die verschiedensten äußerst heterogenen Akteure, von multinationalen Unternehmen und anderen privaten „corporate actors“, über Repräsentanten sozialer Bewegungen, bis hin zu traditionellen nationalen politischen Akteuren (vgl. Djelic/Quack 2003: 28). Die zentrale Frage in diesem Kontext lautet: wie beeinflussen sich Änderungen von Handlungs- und Deutungsschemata auf der Mikro- und Makroebene. Es ist hierbei besonders wichtig, dass man die Verknüpfung und wechselseitige Beeinflussung der verschiedenen Ebenen und der auf ihnen operierenden Akteure beachtet und nicht eine Ebene isoliert betrachtet. Etwa ein organisationales Feld (vgl. DiMaggio/Powell 1983) oder Nationalstaaten als hermetisch abgeschlossene Institutionen-Container (vgl. Crouch 2004: 87f). Viele Autoren tun dies nicht und kommen so zu eindimensionalen Schlüssen, welche Wandel oder Stabilität überbetonen. Zwei Modi der Verknüpfung sind hierbei besonders relevant: Die direkte Einflussnahme einer übergeordneten auf eine untergeordnete Ebene, beispielsweise transnational/national etwa durch dominante globale Akteure (Macht) oder soziale Bewegungen (normativer Druck) oder supranationale politische Instanzen (Zwang), die einer „bottom down“-Logik folgen. Oder die indirekte Beeinflussung etwa der nationalen Ebene durch die transnationale Ebene, also durch lokale Akteure, die sich an globalen Handlungs- und Deutungsschemata orientieren und so die nationale Ebene von unten („bottom up“) transformieren.

Es bleibt resümierend festzuhalten, dass eine Synthese verschiedener Institutionalismuszweige nicht erfolglos bleiben muss, wie sich im Verlauf der Argumentation gezeigt hat. Sofern klare Grenzen gezogen und Begriffe genau definiert werden, kann eine Zusammenführung verschiedener institutionalistischer Theorietraditionen zur Entwicklung von vielversprechenden Erklärungsmodellen beitragen. An einigen Stellen ließen sich interessante Ähnlichkeiten in den Argumentationen finden, wie beispielsweise in Bezug auf die organisationssoziologische Entkopplung und das akteurszentrierte „rule taker/rule maker“-Modell oder Momente in denen sich auf den ersten Blick widersprüchliches auf einen gemeinsamen Nenner bringen ließ, wie etwa durch die prozesshafte Betrachtung von Institutionen als Institutionalisierung. Man muss bei einer solchen vergleichenden und synthetisierenden Sichtweise allerdings allzu extreme theoretische Prämissen der verschiedenen Institutionalismusströmungen außen vor lassen bzw. diese notgedrungen als Engstirnigkeit interpretieren, die das Sichtfeld einer Theorie häufig mehr einschränkt, als dass sie erkenntnistheoretische Vorteile bietet.

Es sei zum Abschluss noch einmal darauf verwiesen, dass das Ziel der Arbeit nicht die Entwicklung einer konsistenten Theorie war, sondern vielmehr eine lose Ansammlung verschiedener Überlegungen und relevanter Aspekte in Bezug auf institutionelle Wandlungsprozesse auf der Theorie-Ebene, die jenseits von „over-socialized actors“ des soziologischen Institutionalismus und „under-socialized actors“ des Rational-Choice-Institutionalismus liegen (vgl. Wrong 1961).

Literaturverzeichnis

- Becker-Ritterspach, Jutta / Becker-Ritterspach, Florian (2006a): Isomorphie und Entkopplung im Neo-Institutionalismus, in: Senge, Konstanze / Hellmann, Kai-Uwe (Hg): Einführung in den Neo-Institutionalismus, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 102-117.
- Becker-Ritterspach, Jutta / Becker-Ritterspach, Florian (2006b): Organisationales Feld und Gesellschaftlicher Sektor im Neo-Institutionalismus, in: Senge, Konstanze / Hellmann, Kai-Uwe (Hg): Einführung in den Neo-Institutionalismus, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 118-138.
- Berger, Peter / Luckmann, Thomas (1969): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Beyer, Jürgen (2003): Einleitung: Unkoordinierte Modellpflege am koordinierten deutschen Modell. In: Jürgen, Beyer (Hg.) Vom Zukunfts- zum Auslaufmodell? Die Deutsche Wirtschaftsordnung im Wandel, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 7-35.

- Beyer, Jürgen (2006a): Pfadabhängigkeit. Über institutionelle Kontinuität, anfällige Stabilität und fundamentalen Wandel. Frankfurt: Campus.
- Beyer, Jürgen (2006b): Vom Netzwerk zum Markt? Zur Kontrolle der Managementelite in Deutschland, in: Münkler, Herfried / Straßenberger, Grit / Bohlender, Matthias (Hg.): Deutschlands Eliten im Wandel, Frankfurt/New York: Campus, 177-189.
- Beyer, Jürgen (2006c): Verfestigte institutionelle Vielfalt? Die komparativen Vorteile koordinierter Ökonomien und die Internationalisierung von Unternehmen, Köln: MPIfG Forschungsbericht/2.
- Beyer, Jürgen (2009): Varietät verspielt? Zur Nivellierung der nationalen Differenzen des Kapitalismus durch globale Finanzmärkte, in: Beckert, Jens / Deutschmann, Christoph (Hg.): Wirtschaftssoziologie. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 49, Wiesbaden: VS Verlag, 305-325)
- Crouch, Colin (2004): Institutions Within Which Real Actors Innovate, in: Mayntz, Renate / Streeck, Wolfgang (Hg.): Die Reformierbarkeit der Demokratie. Innovationen und Blockaden, Frankfurt: Campus, 71-98.
- Crouch, Colin / Schröder, Martin / Voelzkow, Helmut (2009): Regional and Sectoral Varieties of Capitalism, in: *Economy and Society* 38 (4), 654-678.
- DiMaggio, Paul / Powell, Walter (1983): "The Iron Cage Revisited" Institutional Isomorphism and Collective Rationality in Organisational Fields, in: *American Sociological Review* 48, 147-160.
- Djelic, Marie-Laure / Quack, Sigrid (2003): Theoretical Building Blocks for a Research Agenda Linking Globalization and Institutions, in: Djelic, Marie-Laure / Quack, Sigrid (Hg.): *Globalization and Institutions*, Cheltenham: Edward Elgar Publishing, 15-34.
- Fligstein, Neil (2001): *The Architecture of Markets: An Economic Sociology of the Twenty-First Century Capitalist Societies*, Princeton: Princeton University Press.
- Freye, Saskia (2008): Change in Leadership in Germany Inc., Paper presented at the Sixteenth International Conference of the Council for European Studies March 6-8, 2008.
- Gingerich, Daniel / Hall, Peter (2004): „Spielarten des Kapitalismus“ und institutionelle Komplementaritäten in der Makroökonomie, in: *Berliner Journal für Soziologie* 14, 5-32.
- Hall, Peter A. / Taylor, Rosemary (1996): Political Science and the Three New Institutionalisms, in: *Political Studies* 44: 936-957.
- Hall, Peter A. / Soskice, David (2001): Varieties of Capitalism: an Introduction. In: Peter A. Hall and David Soskice (eds.) *Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage*, Oxford: Oxford University Press, 1-68.
- Hall, Peter A. / Thelen, Kathleen (2009): Institutional Change in Varieties of Capitalism, in: *Socio-Economic Review* 7 (1), 7-34.
- Hall, Peter A. (2006): Stabilität und Wandel in den Spielarten des Kapitalismus, in: Beckert, Jens / Ebbinghaus, Bernhard / Hassel, Anke / Manow, Philip (Hg.): *Transformationen des Kapitalismus. Festschrift für Wolfgang Streeck zum sechzigsten Geburtstag*. Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Bd. 57, Frankfurt am Main: Campus.
- Hasse, Raimund (2006): Der Neo-Institutionalismus als makrosoziologische Kulturtheorie, in: Senge, Konstanze / Hellmann, Kai-Uwe (Hg.): *Einführung in den Neo-Institutionalismus*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 150-159.
- Hellmann, Kai-Uwe (2006): Organisationslegitimität im Neo-Institutionalismus, in: Senge, Konstanze / Hellmann, Kai-Uwe (Hg.): *Einführung in den Neo-Institutionalismus*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 75-88.
- Holzer, Boris / Kuchler, Barbara (2007): Globalisierungskritik und Weltkultur, in: Bemerburg, Ivonne / Niederbacher, Arne (Hg.): *Die Globalisierung und ihre Kritik(er). Zum Stand der aktuellen Globalisierungsdebatte*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 75-93.
- Höpner, Martin (2003): Wer beherrscht die Unternehmen? Shareholder Value, Managerherrschaft und Mitbestimmung in Deutschland, Frankfurt/Main: Campus.
- Höpner, Martin (2004a): Der organisierte Kapitalismus in Deutschland und sein Niedergang. In: *PVS-Sonderhefte* 34/2003, 300-324.
- Höpner, Martin (2004b): Was bewegt die Führungskräfte? Von der Agency-Theorie zur Soziologie des Managements, in: *Soziale Welt* 55/3, 263-282.
- Höpner, Martin (2004c): Unternehmensmitbestimmung unter Beschuss. Die Mitbestimmungsdebatte im Lichte der sozialwissenschaftlichen Forschung, in: *Industrielle Beziehungen* 11, 347-379.
- Höpner, Martin (2007): Koordination und Organisation: Die zwei Dimensionen des nichtliberalen Kapitalismus. Köln: MPIfG Working Paper 07/12.
- Kenworthy, Lane (2006): Institutional Coherence an Macroeconomic Performance, in: *Socio-Economic Review* 4, 69-91.
- Kirchberg, Volker (2006): Kulturbetriebe aus neo-institutionalistischer Sicht. Zur Nutzung zeitgenössischer Organisationstheorien bei der Analyse des Kulturbetriebes, in: Zembylas, Tasos / Tschmuck, Peter (Hrsg.): *Kulturbetriebsforschung. Ansätze und Perspektiven der Kulturbetriebslehre*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 99-116.
- Krücken, Georg (2005): Der "world-polity"-Ansatz in der Globalisierungsdiskussion, in: Meyer, John W. (Hg.): *Weltkultur*. Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 299-318.
- Krücken, Georg (2006): World Polity Forschung, in: Senge, Konstanze / Hellmann, Kai-Uwe (Hg.): *Einführung in den Neo-Institutionalismus*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 139-149.
- Mahoney, James (2000): Path Dependence in Historical Society, in: *Theory and Society* 29, 507-548.

- Mayntz, Renate / Scharpf, Fritz W. (1995): Der Ansatz des akteurszentrierten Institutionalismus, in: Mayntz, Renate / Scharpf, Fritz W. (Hg.): Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung. Frankfurt am Main: Campus, 39-72.
- Meyer, John W. (2005): Weltkultur – Wie die westlichen Prinzipien die Welt durchdringen, Suhrkamp Frankfurt/Main.
- Meyer, John W. / Boli, John / Thomas, George M. (2005a): Ontologie und Rationalisierung im Zurechnungssystem der westlichen Kultur, in: Meyer, John W. (Hg.): Weltkultur. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 17-46.
- Meyer, John W. / Boli, John / Thomas, George M. / Ramirez, Francisco O. (2005b): Die Weltgesellschaft und der Nationalstaat, in: Meyer, John W. (Hg.): Weltkultur, Frankfurt/Main: Suhrkamp, 85-132.
- North, Douglas C. (1981): Structure and Economic Change in History, New York: Norton.
- Pierson, Paul (2000): Increasing Returns, Path Dependence and the Study of Politics, in: American Political Science Review 94 (2), 251-267.
- Scott, W. Richard / Meyer, John W. (1991): The Organization and Societal Sectors: Propositions and Early Evidence, in: Powell, Walter / DiMaggio, Paul (Hg.): The New Institutionalism in Organizational Analyses, Chicago/London: The University of Chicago Press, S. 108-140.
- Scott, W. Richard (1994): Conceptualizing Organisational Fields. Linking Organizations and Societal Systems, in: Derlien, Hans-Ulrich / Scharpf, Fritz (Hg.): Systemrationalität und Partialinteresse, Baden Baden: Nomos, 203-222.
- Scott, W. Richard / Meyer, John W. et a. (1994): Institutional Environments and Organisations, Thousand Oaks, CA: Sage.
- Senge, Konstanze (2006): Zum Begriff der Institutionen im Neo-Institutionalismus, in: Senge, Konstanze / Hellmann, Kai-Uwe (Hg.): Einführung in den Neo-Institutionalismus, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 7-34.
- Senge, Konstanze (2011): John W. Meyer: Kultur als Hintergrundwissen und Konstituens sozialer Handlungen, in: Moebius, S. / Quadflieg, D. (Hg.): Kultur. Theorien der Gegenwart. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 763-772.
- Streeck, Wolfgang (2006): Nach dem Korporatismus: Neue Eliten, neue Konflikte, in: Münkler, Herfried / Straßberger, Grit / Bohlender, Matthias (Hg.): Deutschlands Eliten im Wandel, Frankfurt/New York: Campus, 149-176.
- Streeck, Wolfgang (2009): Re-forming Capitalism: Institutional Change in the German Political Economy. Oxford: Oxford University Press.
- Streeck, Wolfgang (2010a): E Pluribus Unum? Varieties and Commonalities of Capitalism. Köln MPIfG Discussion Paper 10/12.
- Streeck, Wolfgang (2010b): Taking Capitalism Seriously. Köln: MIPfG Discussion Paper 10/15.
- Streeck, Wolfgang / Thelen, Kathleen (2005): Introduction: Institutional Change in Advanced Political Economies, in: Streeck, Wolfgang / Thelen, Kathleen (Hg.): Beyond Continuity. Institutional Change in Advanced Political Economies, Oxford: Oxford University Press, 1-39.
- Thelen, Kathrin (2002): The Explanatory Power of Historical Institutionalism, in: Mayntz, R. (Hg.): Zur Theoriefähigkeit makro-soziologischer Analysen, Frankfurt am Main: Campus, 91-107.
- Weber, Max: Askese und kapitalistischer Geist. In: Die protestantische Ethik 1. Eine Aufsatzsammlung. Hg. von Johannes Winkelmann. Gütersloh 1991
- Whitley, Richard (1999): Divergent Capitalisms, Oxford: Oxford University Press.
- Williams, Oliver (1985): The Economic Institutions of Capitalism, New York: Free Press.
- Windolf, Paul (2005): Was ist Finanzmarktkapitalismus? In: Paul Windolf (Hrsg.) Finanzmarkt-Kapitalismus. Sonderheft 45 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Wiesbaden: VS Verlag, 20-57.
- Windolf, Paul (2008): Eigentümer ohne Risiko – Die Dienstklasse des Finanzmarkt-Kapitalismus, in: Zeitschrift für Soziologie, Heft 6, Stuttgart: Lucius und Lucius, 516-535.
- Wrong, Dennis (1961): The Oversocialized Conception of Man in Modern Sociology, in: American Sociological Review 26, 183-193.
- Zorn, Dirk / Dobbin, Frank / Dierkes, Julian / Kwok, Man-Shan (2005): Managing Investors: How Financial Markets Reshaped the American Firm, in: Knorr-Cetina, Karin / Preda, Alex (Hg.) The Sociology of Financial Markets, Oxford: Oxford University Press, 269-289.